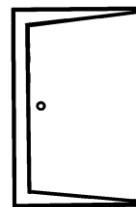


Grundrechte am Eingang abgeben



Deutschland, 04. Oktober 2021

Pressemitteilung

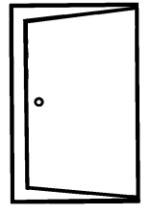
Pressekonferenz: Lager Watch bekräftigt Kritik an Massenunterkünften und ruft zur Teilnahme am Aktionstag #NoLagerNoWhere am 9. Oktober auf

Das Bündnis Lager Watch hat am Montag eine Pressekonferenz mit antirassistischen Akteur*innen aus verschiedenen Bundesländern veranstaltet. Neben Vertreter*innen aus politischen Initiativen skandalisierten insbesondere Bewohner*innen die rechtswidrigen und unmenschlichen Zustände in deutschen Aufnahmeeinrichtungen und forderten deren sofortige Schließung. Die Ausgestaltung der Aufnahmeeinrichtungen biete ihnen keinen sicheren Ort. Grundrechtseingriffe und Schikanen wie Übergriffe durch Securitys, regelmäßige Zimmerkontrollen, unzureichende medizinische Versorgung, nicht-abschließbare Zimmer oder das Verbot zu kochen, kennzeichne ihren Alltag und gebe ihnen das Gefühl, keine Rechte zu besitzen. Alle Sprecher*innen bekräftigten, dass diese Missstände Folge der forcierten Abschreckungspolitik seien und forderten von der neuen Bundesregierung ein komplettes Umdenken in der Anerkennungs- und Unterbringungspolitik für Geflüchtete. Gemeinsam riefen die Sprecher*innen zur Teilnahme am Aktionstag #NoLagerNoWhere auf, um gegen Lagerunterbringung und für bezahlbaren Wohnraum für alle zu protestieren.

Zu Beginn der Konferenz machte Walter Schlecht von Aktion Bleiberecht Freiburg auf die Relevanz der bundesweiten Vernetzung aufmerksam: „Bislang gibt es keine Gesetze, die die konkrete Ausgestaltung der Aufnahmeeinrichtungen regeln. Das Fehlen von rechtlichen Vorgaben wird durch restriktive Hausordnungen kompensiert, die keine demokratische Legitimität für die massiven Grundrechtseingriffe besitzen. Wir befürchten eine weitere Verschärfung durch ein neues Sicherheitsdienstleistungsgesetz, das privaten Sicherheitsdiensten in Aufnahmeeinrichtungen dieselben Kompetenzen wie der Polizei einräumen soll.“ Aktuell sind mehrere Verfahren gegen die Hausordnung beim Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg anhängig. Rechtsgutachten aus Sachsen und Baden-Württemberg kommen zum Ergebnis, dass die jeweiligen Hausordnungen grundrechtswidrig sind.

Daraufhin berichteten Aktivisten von Lager Watch Thüringen von unhaltbaren Zuständen in der Erstaufnahmeeinrichtung in Suhl. Im Zusammenhang mit der Quarantäne-Ausgangssperre im März letzten Jahres kam es zu rechtswidrigen Vorgängen, was Gerichte mittlerweile bestätigten. Ohne Anweisung des Gesundheitsamts hatte der zuständige Oberbürgermeister Ausgangssperren durchgesetzt. Polizist*innen umstellten daraufhin das Lager und hinderten Bewohner*innen unter anderem mit Schlagstöcken am Verlassen, ohne dass Bewohner*innen über die Hintergründe der Maßnahmen informiert wurden. Zwischenzeitlich brach die Versorgung im Lager zusammen, was die Unsicherheit unter den Bewohner*innen nochmal verschärfte. Die anhaltende miserable Versorgung schilderten die Aktivisten an einem tragischen Fall. Eine schwangere Frau hatte tagelang um medizinische Versorgung gebeten, ihre Beschwerden wurden vom medizinischen Dienst solange bagatellisiert, bis im Suhler Krankenhaus letztlich nur noch der Tod des Kindes festgestellt werden konnte. Die Frau hat Anzeige gegen den medizinischen Dienst erstattet. „Von Zahnschmerzen bis zur Versorgung mit Rückenprothesen – Die Bewohner*innen müssen jedes Mal um eine angemessene Versorgung kämpfen. Es heißt, in Europa gibt es eine humanitäre Aufnahme, in den Lagern ist

Grundrechte am Eingang abgeben



davon nichts zu spüren. Lager sind nicht menschenwürdig“, so Husni Alalewi, aktiv bei der Seebrücke Jena.

Emmanuel Annor, der selbst in der Erstaufnahmeeinrichtung in Freiburg lebt, beklagte die andauernde Entrechtung im Lager: „Wir dürfen nicht kochen, am Eingang werden unsere Taschen kontrolliert und unsere Privatzimmer sind nicht abschließbar. Sobald ich das Lager verlasse, weiß ich nicht, was in meinem Zimmer passiert. Ich habe mich schon oft darüber beschwert, aber das ändert nichts. Wir werden hier behandelt als seien wir Tiere oder Objekte, nur weil wir geflohen sind. Manchmal fühlen wir uns wie im Gefängnis. Das ist nicht der Schutz, den wir gesucht haben.“ Auch Happy vom United Refugees Movement Karlsruhe beschrieb die tägliche Belastung: „Wir haben keine Privatsphäre. Polizei und Securitys dringen einfach in unsere Zimmer ein. Am Ende heißt es dann oft, dass Geflüchtete aggressiv seien. Dabei wird ausgeblendet, wer zuerst aggressiv war, wessen Rechte zuerst verletzt wurden. Wir sind täglich mit Gewalt konfrontiert, haben aber keine Rechte, um uns dagegen zu wehren. Wenn wir in Wohnungen leben würden, wäre alles einfacher. Es reicht also nicht, für Verbesserungen im Lager zu streiten. Wir müssen die Lager schließen.“

Zum Schluss verwies Wolfram Treiber von der Antirassistischen Initiative Grenzenlos Karlsruhe auf die laufende Kampagne „AnkER-Zentren: Kein Ort für Kinder – kein Ort für Niemanden!“ und betonte, dass in Aufnahmeeinrichtungen häufig das Recht auf Schulbesuch oder das Recht auf einen Kitaplatz unterlaufen werde. Zudem machte er deutlich, dass die Lagerunterbringung historisch keine Selbstverständlichkeit ist: „Bis in die 80er Jahre war es für Geflüchtete möglich, bei Verwandten oder in Wohnungen unterzukommen. In Karlsruhe wurden dann Lager als Abschreckungsmaßnahme eingeführt. Wenn heute Menschen nicht drei, sondern regelmäßig 18 Monate in Lagern leben müssen, ist das keine Notmaßnahme, sondern folgt einer politischen Logik, die von vorneherein falsch ist. Wir brauchen bezahlbaren Wohnraum – und zwar für alle!“

Lager Watch ist ein bundesweiter Zusammenschluss von Initiativen, die die Grundrechtsverletzungen und Missstände in AnkER-Zentren, Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften, in denen Geflüchtete in Deutschland untergebracht sind, kritisieren. Seit Dezember 2020 vernetzen sich Initiativen, die vor Ort durch Unterstützung von Betroffenen, Gerichtsverfahren und außerparlamentarischem Druck auf ein Ende der Lagerpolitik drängen. Beim #NoLagerNoWhere-Aktionstag am kommenden Samstag, 09. Oktober finden in über 12 deutschen Städten Aktionen gegen Lager und für Wohnungen für alle statt.

Pressekontakt

Lager Watch

Homepage: www.lager-watch.org (Alle Infos zum Aktionstag)

Mail: info@aktionbleiberecht.de

Telefon: 0151 - 282 112 52